

Von der Not der Kirchen

DT. Vierzig Jahre Weltrevolution — so heißt doch der Zeitraum seit 1917 im kommunistischen Sprachgebrauch, ohne daß jedoch die ganze Welt revolutioniert wurde — haben dem Block der sogenannten sozialistischen Staaten das Selbstbewußtsein gestärkt. Das war zu erwarten, und wenn wir die kreisenden Sputniks noch dazunehmen, so ergibt sich ein Rauschzustand innerhalb der kommunistischen Führerschaft von Chrustschow bis Ulbricht, mit dem die westliche Welt sich jetzt auseinanderzusetzen hat. Der mächtigste Mann der Sowjetunion kann es sich leisten, versöhnlich klingende Interviews gegenüber dem Westen abzugeben, denn dank der Erfolge russischer Wissenschaft hat er Grund, stolz zu sein und sich eines echten Kraftgefühls zu erfreuen. Schwieriger ist das schon für alle diejenigen „Führer“ im kommunistischen Bereich, die von jeher vom erborgten Glanz leben.

Die Feinde entdeckt

Wahrscheinlich ist es das wohlgehütete und schmerzliche Geheimnis des SED-Sekretärs Ulbricht, daß auch er weiß: mit der DDR ist kein Staat zu machen. Der Schock vor einem Jahr, der Abfall eines ganzen Volkes von der kommunistischen Sache, muß besonders ihm die schrecklichen Stunden jenes Juni 1953 in Erinnerung gebracht haben. Wie damals in Berlin, so wurde vor Jahresfrist in Ungarn das Satellitenregime nur durch russische Panzer gerettet. Seitdem sind Ulbricht und Kadar Brüder in der Angst. Und jeder von ihnen hat daraus, selbstverständlich in Übereinstimmung mit der Kreml-Zentrale, seine Folgerungen gezogen. Beide haben ihre Feinde entdeckt, verfolgt, und soweit es nur irgend mög-

lich war, unschädlich zu machen versucht. In Ungarn und vorher in Mitteldeutschland revolutionierten die Jugend, die Intelligenz, die Arbeiterschaft — und waren nicht die Kirchen ihr Nährboden?

Wer seitdem ganz nüchtern durch das Brandenburger Tor und über die Zonengrenzen hinweg nach Mitteldeutschland blickt, wird der Systematik gewahr, mit der die irdischen „Sputniks“ Moskaus aus ihrem Schock und aus ihrer Angst Konsequenzen gezogen haben. Die Intelligenz wurde mundtot gemacht oder vertrieben, die Jugend eingesperrt oder verschleppt, die Arbeiterschaft umworben, wenn es auch schwerfällt, und die Kirchen werden verleumdet. Und daß es immer noch Christen gibt, selbst in der Sowjetunion, also Menschen, die im Tiefsten dem Marxismus-Leninismus entgegen sind und ohne ihn leben, damit hat man sich vielleicht in Moskau wie in der SED-Zentrale abgefunden. Jedoch stellt sich für den Kreml und für Pankow dieses Problem ganz verschieden. Unzweifelhaft hat das russische Volk in den letzten vierzig Jahren jene jahrhundertlange europäische Geschichtsepoche, von der Renaissance bis zur Aufklärung im Eiltempo nachzuholen versucht, was zu jenem Hochgefühl über technische und wissenschaftliche Errungenschaften geführt hat, die jetzt in den beiden kreisenden Erdsatelliten ihren symbolhaften Ausdruck finden. Im übrigen Europa ist es nicht so und kann es so nicht sein. Hier ist das Lebensgefühl über weitere Zeiträume und darum organischer gewachsen. Hier sind die wissenschaftlichen Entdeckungen und ihre technischen Auswirkungen seit langem zu Hause. Hier mußte nichts „nachgeholt“ oder sogar „über-

holt“ werden. Zwei Zauberworte, die im sowjetischen Sprachgebrauch gegenüber der westlichen Welt eine so große Rolle spielen.

In dem weiten Gebiet zwischen Atlantik und den Pripjetsümpfen ist die platte Gegenüberstellung von wissenschaftlicher Erkenntnis und dem Glauben an einen Schöpfer — Gott, längst keine aktuelle Auseinandersetzung mehr. Darum hat ein so kluger Mann wie Wladislaw Gomulka in Polen seinen Waffenstillstand mit der Kirche vereinbart. Wenn das gleiche Walter Ulbricht in dem westlicher gelegenen Mitteldeutschland nicht gelingt, so liegt das an dem flachen Rationalismus, an den längst überholten aufklärerischen Gedankengängen, welche die abstruse Weltanschauung dieses Sachsen ausmachen. Mit dem Geistesleben wie mit allem anderen der DDR ist eben kein Staat zu machen. Immer werden Ulbricht, seine Genossen und ihr Machtbereich selbst von den Kommunisten in Ost und West an den größeren deutschen Maßstäben gemessen werden, und da bleibt ja dann nicht sehr viel.

Ideologie gegen Glauben

Das wurmt natürlich. So macht die SED mobil gegen die vermeintlichen Feinde, zum Beispiel gegen die christlichen Kirchen. Das geschieht mit einer Phraseologie, die über das zynische Wort von Ludwig Feuerbach aus dem vorigen Jahrhundert: „Der Mensch schuf Gott nach seinem Bilde“, nicht hinauskommt. Nach diesen Maßstäben meint man, die deutsche Jugend in Mitteldeutschland durch den Zwang zur Jugendweihe und den Jugendstuden mit dem Hinweis auf die „Sputniks“, die man ja

(Fortsetzung Seite 5)

Hinter dem Frieden her

DT. In der Zeitung ist in den letzten Tagen viel von Waffen die Rede gewesen: von alten und neuen, von Divisionen und Atomköpfen, von Raketenbatterien und Abschußbasen. Wir mußten davon sprechen, was für uns als Deutsche nützlich und was verderblich wäre.

Von Bundesminister Strauß haben wir gehört, daß wir die Weimar - Grenze des 100 000-Mann-Heeres jetzt in der Bundesrepublik bereits überschritten haben, und daß wir dem NATO-Wunsch nach 135 000 Mann deutscher Soldaten mit 122 000 Mann etwa, wenn auch nicht ganz, nachgekommen sind. Die Sozialdemokraten Schmid, Erler und Merten haben an einem Tisch mit dem verantwortlichen Kopf, dem jungen dynamischen Franz Josef Strauß, gesessen, um zu hören und wohl auch zu widersprechen. Sie haben sich unterhalten über das, was — etwas bombastisch — unsere Schlagzeilen das Raketenprogramm der Bundeswehr genannt haben. Wir spüren, wie hier vieles in Fluß geraten ist: der Streit um die Wehrpflicht gehört nicht mehr zu unseren Tages-Erregungen. Er ist ausgeklungen, sosehr die SPD-Experten in Rückzugsgefechten noch bisweilen darauf hinweisen. Die Frage nach dem Wie unserer Bereitschaft und unserer Sicherheitsvorkehrungen hat die Frage nach dem Ob vergessen lassen.

*

Bei dieser Frage nach dem Wie zeigen wir in Deutschland verschiedene Meinungen. Politiker haben sie, und Fachleute stehen zwischen ihnen oder über ihnen. Es gibt nur noch einen Wettstreit der Experten, dem die Politiker, mit mehr oder weniger Sachverstand nachhinkend, ihre politische Linie aufnötigen möchten. Aber wir stehen vor der Einsicht, daß das Denken in militärischen Kategorien nicht mehr eine Angelegenheit von politischen Grundsätzen dieser oder jener Partei ist, sondern daß die Politiker aller Parteien an-

gehalten sind, sich den militärischen und technischen Sachverständigen anzuvertrauen. Die Techniker und Militärs beherrschen das politische Denken. Es gibt nicht mehr prinzipiell antimilitärische und prinzipiell promilitärische Parteien und politische Gruppen in Deutschland. Damit ist Deutschland in einen Weg eingeschwenkt, den fast alle anderen Länder und Staaten längst vor uns genommen haben. Nur wer dies nicht erkennt, wundert sich immer noch über die Einmütigkeit in nationalen und Wehrfragen, die etwa die nordischen Länder mit ihren sozialistischen Regierungen und auch die Labour Party in England demonstrieren. Aber die Deutschen haben es ja auch unendlich viel schwerer gehabt, in diese Stimmung der nationalen Einmütigkeit, also der Zweckmäßigkeit im nationalen Sicherheitsdenken einzumünden.

*

Diese Deutschen sind ja wirklich Neulinge dort, wo es darum geht, ein demokratisches Denken mit den Elementen der Sicherheit zu verbinden. Wir haben ja ein sehr naives Gefühl dafür, daß Demokratie und Militärisches sich nicht vertragen oder gar einander ausschließen. Unsere geschichtlichen Versuche, kräftig zu sein, haben sich fast immer mit einer sehr tönenden militärischen Montur verbunden. Das Phänomen ist zu bekannt, als daß wir es hier aufs neue aufwärmen sollten. Aber wer will es leugnen, daß zu den Gedanken in militärischen Kategorien bei uns sich allzuerst der Drang nach dem Autoritären gesellt hatte. Wie viel oder wie wenig recht auch immer die Kritiker Deutschlands haben, die uns mit der Erbsünde des Militarismus behaftet durch das Leben wandern sehen: wir alle — und ganz gewiß der größte Teil der Lebenden — haben viel, ja alles dazu getan, dieses Odium in den Nachkriegsjahren loszuwerden. Freilich war das nicht so wie nach 1918, wo sich Tausende von jungen und jüngeren Menschen in ehrlichem Idealismus das Abzeichnen mit den zerbrochenen Gewehren ansteckten. Der glühende Pazifismus jener Jahre nach dem ersten Weltkrieg, der die Fahne „Nie wieder Krieg“ vor sich her trug,

war nicht das Produkt jenes Antimilitarismus, der die deutschen Jahre nach dem totalen Zusammenbruch charakterisierte.

Der „Ohne-mich-Standpunkt“ hatte ein ganzes Volk ergriffen. Es war nicht mehr nur eine Parole, die dem Krieg als Mittel der menschlichen Auseinandersetzung ganz Valet gesagt hätte. Es war vielmehr der Überdruß an alledem, was als Katastrophen gebärend und Katastrophen fördernd erkannt worden war. Die echte radikale Kriegsgegnerschaft hatte in diesem menschlich und sachlich verwüsteten Lande nicht eine Stunde ihre reelle Chance; denn das große, zerschlagene, besetzte Land wurde ja mit Waffen zusammengehalten — und auch schon wieder mit Waffen, die nicht zusammen, sondern sehr früh schon gegeneinander zu stehen schienen. Und es war dazu etwas geschehen, was das Denken radikal umwarf: die Rote Armee war als das massivste Militärelement in die europäische Geschichte eingetreten. Alle weitverbreiteten Vorstellungen, die Sozialismus mit Pazifismus gleichsetzten, waren dem erschreckt zuschauenden Zeitgenossen in den Monaten der großen Begegnung unter den gläubig erwartenden Augen zerfallen. Der Militarismus in Deutschland und unter den Deutschen jeglichen Besatzungsregimes war wirklich gestorben. Selbst die, die ihn bewußt oder unbewußt getragen und beschleunigt hatten, wandten sich mit Schaudern und Schrecken von ihm.

*

Wir schauten, da der Volkstrauertag uns im Gedenken verneine, auf alle die, die dieser Krieg aus unserer Mitte gerissen hat. Wir empfinden aufs neue die Schuld, die wir mit daran tragen, daß Millionen heute nicht mehr neben und unter uns leben. Daß die militärische Hybris Hitlers den Sturm entfesselt hat, der zu so vielen Gräbern geführt hat, bleibt Anlaß dafür, daß die Deutschen nicht mehr und niemals mehr dort zu finden sein werden, wo der Militarismus seine Anhänger hat.

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie in der sowjetischen Besatzungszone erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Hier danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Atom-U-Boote für NATO-Staaten

Amerikanische Forderung — Standardisierung der Waffen

Paris (AP). Unter Hinweis auf die sowjetische U-Boot-Gefahr hat der Marine-Oberbefehlshaber der NATO, Admiral Wright (USA), in Paris die Ausrüstung der Seestreitkräfte aller NATO-Staaten mit Atom-Unterseebooten gefordert.

Der Admiral teilte der Konferenz der NATO-Parlamentarier in Paris in einer geschlossenen Sitzung mit, daß die sowjetische U-Boot-Flotte mit 500 Booten dreimal so groß sei wie die U-Boot-Flotten aller NATO-Staaten zusammen und bezeichne die von ihr ausgehende Drohung als die schwerste Gefahr für die Seestreitkräfte der NATO. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Kongreß das amerikanische Atomgesetz modifizieren werde, damit die

DT. Das Interzonenhandelsabkommen ist mal wieder unter Dach. Im Warenaustausch zwischen Ost und West hat es in diesem Jahr manche Pannen gegeben. Kaum war das Abkommen im November 1956 unterzeichnet, als schon im Januar die Braunkohlenlieferungen aussetzten und die Lücke mit westdeutschen Briketts ausgefüllt werden mußte. Die Sperre westdeutscher Stahllieferungen rief in der Ostzone große Bedrängnis hervor. Plötzliche und überraschend große Braunkohlenbrikettsendungen schlechter Qualität im Mai verursachten Störungen im Westen. Die ostzonalen Stahlbestellun-

gen wurden zu spät spezifiziert und daher auch später geliefert, so daß erstmalig Westdeutschland ins Debet kam, was der Ostseite Veranlassung gab, zu lamentieren und Westdeutschland des Vertragsbruches zu bezichtigen. Aber mit ihren Braunkohlenbriketts hat sie im Jahre 1957 wieder einen Rückstand von 300 000 bis 400 000 t. Um der Ostzone trotzdem die dringlich benötigten Eisen- und Stahlbezüge zu ermöglichen, wurden andere Konten aufgestockt und in erheblichen Mengen ostzonale Mineralöl-erzeugnisse hereingenommen. Abgesehen von solchen, in dieser oder jener Form schon gewohnten Schwierigkeiten mit diesem Partner, der bei besserer Einstellung auf den westdeutschen Bedarf auf anderen Konten erheblich mehr liefern könnte, hat sich der Interzonenhandel besser entwickelt. Er dürfte zwar 1957 nicht die 2 Mrd. Verrechnungseinheiten (V.E.) erreichen, aber doch 1,5 bis 1,6 Mrd., ist also immerhin um 13 v.H. gewachsen.

Für die weitere Ausdehnung, um die man sich beiderseitig bemüht, ist mit dem geplanten Volumen von 2,2 Mrd. noch ein Spielraum von 500 bis 700 Mill. V.E. Ob er ausgefüllt wird, ist noch nicht zu übersehen. Für die Lieferungs- und Bezugsmöglichkeiten hat man genügend Erfahrungen sammeln können und danach auch die Warenlisten aufgestellt, die, namentlich auf Konto 8, dem Konto für sogenannte harte Waren, noch mehr Lieferungen auf beiden Seiten vorsehen, wobei auf der Ostseite der starke Stahlbedarf entscheidend ist. Außerhalb des Vertrages hat man der Ostzone die Möglichkeit geschaffen, über ein Konto S bei der Bundesbank dringend gebrauchte Waren zu beziehen, aber nur mit ausdrücklicher Genehmigung der westdeutschen Seite, so daß ein Mißbrauch dieses Kontos ausgeschlossen ist. Eisen und Stahl stehen wahrscheinlich auch hier im Vordergrund. Wenn nicht direkt aus Westdeutschland, so würde die ostzonale Seite ihren Bedarf schon irgendwie decken können. Daher erweist sich das Konto S als empfehlenswert.

Der britische Delegierte George Brown, der im Schattenkabinett der Labour Party als Verteidigungsminister fungiert, forderte im Anschluß an die Ausführungen Wrights die Umstellung aller NATO-Landstreitkräfte auf die atomare Kriegführung nach amerikanischem Vorbild. Außerdem setzte er sich für eine Standardisierung der konventionellen und der atomaren Waffen ein und forderte in diesem Zusammenhang die restlose Aufklärung der Bevölkerung über die Auswirkungen eines Einsatzes von taktischen Atomwaffen.

Die übrigen NATO-Mitglieder mit den erforderlichen technischen Kenntnissen versorgt und in die Lage versetzt werden könnten, selbst Atom-Unterseeboote zu bauen.

Brentano fliegt nach Washington

Gedankenaustausch durch kein aktuelles Ereignis veranlaßt

Bonn (Eigenmeldung). Bundesaußenminister von Brentano fliegt am Freitag von Rom nach Washington zu einem „umfassenden Gedankenaustausch“ mit Außenminister Dulles. Der Besuch, so wurde in Bonn versichert, entbehre jeglichen sensationellen Charakters und sei durch kein aktuelles Ereignis veranlaßt. Brentano, so

verlautet hierzu, habe Dulles schon kurz nach der Neubildung des Bundeskabinetts den Wunsch nach einem persönlichen Gespräch übermittelt. Daß dieses Zusammentreffen erst jetzt, ausgerechnet während der Italienreise des Bundespräsidenten zustande komme, sei auf Terminalschwierigkeiten zurückzuführen.

Raketenplan der Bundeswehr

Ausrüstung mit Atomsprengköpfen hängt von der NATO ab

Von unserem Bonner Korrespondenten

Bonn (Eigenmeldung). Bundesverteidigungsminister Strauß hat bestätigt, daß die Bundeswehr demnächst mit Raketenwaffen ausgestattet werden soll. Er betonte aber, daß Raketen nicht unbedingt mit Atomsprengköpfen versehen sein müssen. Die Frage einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr werde sich nur dann stellen, wenn die Organisation des Atlantikpaktes allen Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Ausstattung mit Atomwaffen empfehle. Die Planungen der Bundeswehr seien darauf bisher nicht eingestellt. Strauß äußerte sich nicht zu angeblichen Erklärungen Bundeskanzler Dr. Adenauers, daß die Bundesregierung auf jeden Fall Atomwaffen für die Bundeswehr beschaffen werde.

In einer Pressekonferenz vor 200 Journalisten trat Strauß im Hinblick auf die kommende Konferenz der Regierungschefs aller Mitgliedsstaaten des Atlantikpaktes in Paris dafür ein, in Zukunft alle Mittel der Luftverteidigung in gemeinsamer Forschung und Produktion herzustellen. Es sollte ein Schwerpunktprogramm aufgestellt werden, das den einzelnen Ländern bestimmte Aufgaben bei der Entwicklung und Produktion von Waffen zuweist. Die Bundesrepublik wolle nicht für sich Raketenwaffen produzieren, sondern nur Beiträge zu einer gemeinsamen Entwicklung und Produktion solcher Waffen leisten.

Für die Bundeswehr sollen vier Raketentypen angeschafft werden: 1. eine ferngelenkte Panzerabwehrwaffe, wie sie schon in Frankreich entwickelt worden ist, 2. eine ferngelenkte Luftabwehrrakete, die vom Boden aus abgeschossen wird, 3. eine ferngelenkte Rakete, die von Flugzeugen gegen Luftziele abgeschossen werden kann, 4. eine Fernlenkrakete für den taktischen Einsatz auf dem Boden. Es soll sich dabei aber um eine Rakete von verhältnismäßig geringer Reichweite handeln, die zunächst nicht mit einem Atomsprengkopf versehen ist.

„Verzichterklärung bleibt“

Mit Nachdruck erklärte der Minister, die Bundesrepublik halte an ihrem Verzicht auf die Produktion von atomarischen, biologischen und chemischen Waffen fest, den sie als einen Beitrag zu den allgemeinen Bemühungen um eine Abrüstung betrachte. Sie habe auch bisher

keinen Antrag gestellt, den Verzicht auf weitreichende Raketen, größere Flugzeuge und Kriegsschiffe aufzugeben. Bis zu der Pariser Konferenz sei nicht damit zu rechnen, daß ein solcher Antrag von deutscher oder anderer Seite gestellt werde. Ob nach dieser Konferenz ein solcher Antrag in Frage komme, könne heute noch niemand sagen.

In bezug auf die Atomwaffen versicherte der Minister, daß die Frage einer atomaren Aus-

rüstung der Bundeswehr nicht für die Bundesrepublik allein entstehen werde, sondern nur für alle Mitgliedsstaaten des Atlantikpaktes zusammen. Wenn die Vereinigten Staaten sich im Hinblick auf die militärische Lage entschlossen, allen europäischen Armeen Atomwaffen anzubieten, müsse zuerst ein entsprechender Beschluß in der atlantischen Organisation gefaßt werden. Erst dann könnten die einzelnen Staaten darüber entscheiden, ob sie diese Empfehlung annehmen. Dabei werde man von dem Gesichtspunkt ausgehen, auf welche Weise eine wirksame Beteiligung Europas möglich sei. Strauß versicherte, daß im Haushaltsjahr 1958/59 nicht mehr als zehn Milliarden DM für die Bundeswehr benötigt würden. Die Erhöhung von neun auf zehn Milliarden erkläre sich zum großen Teil aus der höheren Besoldung und dem Ansteigen der Preise. Es gebe keinerlei Pläne, die Aufrüstung durch Kredite, Mefowehsel oder auf andere zweifelhafte Weise zu finanzieren.

Todesstrafe — menschlich gesehen

DT. Um es gleich und deutlich zu sagen: Wir sind gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe. Wir vertreten diese Meinung, obwohl sie wahrscheinlich nicht volkstümlich ist. Wer sich in diesen Tagen und Wochen umhört, wird immer wieder bei ebenso einfach wie vernünftig empfindenden Mitmenschen Befürworter der Todesstrafe finden.

Es waren gewiß keine Weichlinge, die damals im Parlamentarischen Rat bei der Beratung unseres Grundgesetzes die Abschaffung der Todesstrafe in der Verfassung aufnahmen und damit die Sperre der notwendigen Zweidrittelmehrheit vor ihre Wiedereinführung legten. Die Gesetzgeber hatten den fürchterlichen Mißbrauch der Todesstrafe vor Augen, der unter Hitler mit Hängen, Würgen und Fallbeil praktiziert worden war. Sie wußten aber noch mehr — und das gilt auch heute noch —, nämlich, daß in keinem Lande die Todesstrafe jemals die todeswürdigen Verbrechen verhindert oder auch nur zahlenmäßig herabgesetzt

hat. Immer sind Kapitalverbrecher der Meinung, daß sie nicht erwischt werden. Der schimpfliche Tod durch den Scharfrichter hat noch keinen Verbrecher von seiner Tat zurückgehalten. Das ist leider eine Tatsache. Die Vollstreckung hat aber viele Richter daran gehindert, einen irrtümlichen Spruch wiedergutmachen zu können. Und dies ist doch sehr entscheidend: Kein Wiederaufnahmeverfahren macht einem mit dem Tode bestrafte Unschuldigen wieder lebendig, wohl aber kann es noch die Zuchthausstare für den irrtümlich auf Lebenszeit Verurteilten öffnen. Auch hat bisher keine Justizverwaltung eine Statistik ihrer Justizirrtümer bekanntgegeben. Das ist menschlich verständlich, aber es macht die Begründung für die Todesstrafe nicht besser. Sühne für Mord? Gewiß! Aber dann in einer Form, welche die Wiedergutmachung des nicht immer vermeidbaren Irrtums einschließt. Darum ist die Todesstrafe, menschlich gesehen, unmenschlich.

Mit „Theodor Heuss“ nach Gedser

Neues Hochseefährschiff in Dienst gestellt

Großenbrode Kai (Eigenbecht). Hoch am Mast wehte die Standarte des Bundespräsidenten neben der Schiffsflagge der Deutschen Bundesbahn, als der Bundesverkehrsminister Dr. Seebohm seine Ansprache an Bord mit den Worten schloß: „Fährschiff ‚Theodor Heuss‘ alle Zeit gute Fahrt!“

Dann ertönte über die Bohle von Großenbrode Kai zum erstenmal ein neues Horn: Die „Theodor Heuss“, das größte und jüngste Hochseefährschiff der Deutschen Bundesbahn, war zu seiner ersten offiziellen Fahrt auf der Ostsee in Richtung Dänemark gestartet. An Bord: Bundespräsident Heuss, Minister Seebohm, der Präsident der Deutschen Bundesbahn, Oefftering, Ministerpräsident von Hassel, der dänische Verkehrsminister Lindberg sowie der dänische und schwedische Botschafter. Fast auf den Tag genau konnte die Bundesbahn ihr neues Hochseefährschiff in Dienst stellen.

Die langen Wartezeiten für Fahrzeuge während der Sommermonate und der ständig steigende Eisenbahnverkehr zwischen Deutschland und Dänemark hatten den Neubau eines zweiten deutschen Hochseefährschiffes unumgänglich gemacht. Durch drei Doppelfahrten täglich wird die „Theodor Heuss“ vom 17. November an die Fahr-

kapazität wesentlich erhöhen. Oefftering wies darauf hin, daß sowohl der Hafen von Großenbrode als auch der von Gedser (Dänemark) schwer anzulafen seien. Daher ist die Steuereigenschaft des neuen 136 Meter langen Fährschiffes, das die Überfahrt mit einer Rekordzeit von 2 Stunden und 15 Minuten zurücklegte, wesentlich gegenüber der 1953 in Dienst gestellten „Deutschland“ verbessert worden.

Zwei große Restaurants

Hier einige technische Daten: Drei Gleise von insgesamt 317 Metern Länge können 10 bis 13 D-Zug-Wagen oder 30 Güterwagen bzw. 120 Pkw aufnehmen. Auf dem zusätzlichen Autodeck können weitere 80 Pkw befördert werden. Zwei große Restaurants mit Selbstbedienungsbuffets, ein Rauchsalon, zwei Fahrstühle sowie mehrere

Läden, Friseursalons und Wechselstuben und ein Postamt stehen den 1500 Passagieren zur Verfügung. Neu ist eine besondere Autoauffahrtsrampe, die in Großenbrode errichtet wurde, so daß jetzt das Eisenbahn- und das Autodeck gleichzeitig beladen werden können.

Ruhig und fast geräuschlos fuhr das elegante diesel-elektrisch betriebene Fährschiff über die Ostsee, während sich der Bundespräsident von Kapitän Heinemann über die technischen Daten berichten ließ. Bei der Konstruktion der „Theodor Heuss“ hat man bereits an das Projekt „Vogelfluglinie“ gedacht. Dieses deutsch-dänische Projekt sieht den Bau einer Eisenbahn- und Straßenbrücke zwischen dem Festland und der Insel Fehmarn vor, so daß die Fahrzeit für die Verbindung Deutschland-Dänemark um 1½ Stunden verkürzt wird. Die Fährschiffe sollen dann auf der Strecke Fehmarn-Laaland eingesetzt werden.

SED will für Grabredner sorgen

„Ebenso wie Eheschließung eine Aufgabe der Standesämter“

Berlin (DPA). Als eine Aufgabe für die Standesämter bezeichnete die Rostocker „Ostsee-Zeitung“ die Stellung von Grabrednern für solche Verstorbene, die keiner Glaubensgemeinschaft angehörten. Das Blatt schreibt: „Die Atheisten in

unserer Republik haben selbstverständlich ein Recht, sich an ihren Staat zu wenden.“ Gleichzeitig fordert das Blatt, an die Stelle der normalen standesamtlichen Trauung bald eine „feierliche Eheschließung“ zu setzen, wie sie zur Zeit nur auf ausdrücklichen Wunsch stattfindet.

Von der Not der Kirchen

(Fortsetzung von Seite 1)

selbst gar nicht hervorgebracht hat, in jenen Rausch versetzen zu können, in welchem Wissen, menschliche Vernunft und technische Fähigkeiten schlechthin alles bedeuten und der christliche Gott nur ein Mummenschanz ist.

Die christlichen Kirchen in der Zone wären schlecht beraten, wenn sie diesen Hintergrund der ihnen aufgezwungenen Auseinandersetzung kurzschlüssig mit „offenem Kirchenkampf“ bezeichnen würden. Natürlich steht hier eine sehr irdische Ideologie gegen den christlichen Glauben; Jugendweihe gegen Konfirmation und Firmung. — Aber steht hier

auch Gewalt gegen die Verkündigung der Kirchen?

So liegen die Dinge eben nicht. Der hier geführte Kampf ist komplizierter und heimtückischer. Die Obrigkeit der DDR, die nach den Worten der Schrift nicht nur Gewalt über alle hat, sondern auch die christliche Demut fordert, kann sich darin gefallen, Verstöße wie die jenes Propstes Maercker in Mecklenburg, nach ihren Gesetzen zu ahnden und außerdem in allen christlichen Herzen den Stachel zurückzulassen, daß hier das christliche Liebesgebot offenbar verletzt worden war. Sie kann solche Fälle außerdem ausnützen für ihre „aufklärerische“ Propaganda; auch etwa

zu der Behauptung, daß die Kirchenführer in der Zone, nur weil sie den größeren, gesamtdeutschen Zusammenhalt der Gläubigen nicht aufgeben wollen, „Feinde des Arbeiter- und Bauernstaates“ seien.

Offenbar geht es der SED nicht um eine „Nationalkirche“ in der Zone, sondern um eine Schwächung des Glaubensmutes von unten und oben. Die Kirchenführer werden verdächtigt und die Gläubigen als geistige Krüppel denunziert. Diesem Zweifrontenkrieg gilt es, sich zu stellen, ohne in Lügen und ohne in religiös getarntes politisches Partisanentum zu verfallen. Das scheint uns die neue Situation der Christen in der DDR zu sein und auch die Not der Kirchen.

Schriftsteller-Elite hinter Gittern

Kommunisten in kommunistischen Kerkern

Wieder einmal wurde die Erfahrung bestätigt, daß sich der Kommunismus seiner besten Köpfe selbst beraubt. Ein Jahr nach dem Ende der ungarischen Tragödie sind vier ihrer Hauptakteure von den Liquidatoren der Volkserhebung auf Jahre hinaus hinter Kerkermauern verbannt worden. Die Schriftsteller, die jetzt nach monatelanger Haft als „Konterrevolutionäre“ vor dem Obersten Gerichtshof Ungarns standen, waren bekannte Kommunisten, und ihr „Verbrechen“ bestand darin, wie so viele Intellektuelle in den Staaten des Ostblocks, einen „menschlichen Sozialismus“ gefordert zu haben. Tibor Déry und Gyula Háý gehörten seit Jahrzehnten zur literarischen Prominenz des Kommunismus.

Bindungen zu Deutschland

Gyula Háý besaß enge Bindungen zu Deutschland. Der Bauernjunge aus der Pußta war über das Studium der Architektur als Bühnenbildner zum Theater gekommen, wo er mit einigen wirkungsvollen Stücken seine kommunistische Überzeugung vertrat. Mehrfach wurde er deshalb aus seiner Heimat vertrieben. Ende der zwanziger Jahre abermals aus Ungarn ausgewiesen, ging er erst nach Dresden und von dort nach Berlin, wo er vor allem mit Max Reinhardt's Deutschem Theater zusammenarbeitete.

Aus dieser Zeit, in der Háý mit seinen Dramen „Das neue Paradies“ und „Gott, Kaiser und Bauer“, einem Stück um die Hussitenbewegung, erste dramatische Erfolge errang, datiert seine enge Freundschaft mit Brecht.

Nach dem Kriege erfuhr er überall im kommunistischen Machtbereich hohe Anerkennung. Seine sozialkritischen Stücke „Haben“ und „Der Putenhirt“, in denen er eindrucksvoll die Inhumanität der patriarchalischen Verhältnisse auf dem ungarischen Dorfe anprangert, gingen auch über zahlreiche sowjetzonale Bühnen.

Als Ende 1948 das Deutsche Theater „Haben“ inszenierte, war die kommunistische Presse Ostberlin noch des Lobes voll — als der gleiche Autor 1955 mit

„Gaspar Varros Recht“ ein Schauspiel schrieb, das am Schicksal eines Schweinehirten auf einer Kolchose die Mißwirtschaft, Korruption und Ungerechtigkeit im stalinistischen Ungarn ebenso unerbittlich kritisierte wie in den früheren Stücken die feudalistischen Zustände, wurde er von seinen einstigen Gesinnungsfreunden „konterrevolutionärer“ Tendenzen bezichtigt.

Für die Freiheit

Dieses letzte Werk Háýs bildete nicht die einzige Form seines Protestes gegen die Entartung der Idee. Im November 1955 gehörte er neben Tibor Déry und dem Lyriker Zoltán Zek, die jetzt ebenfalls verurteilt wurden, zu den Initiatoren eines Memorandums an das ZK der Partei, in dem 65 namhafte kommunistische Schriftsteller, Künstler und Journalisten gegen die ständige Einmischung der Behörden in das kulturelle Leben protestierten und die Rückkehr zu der liberalen Politik Imre Nagys forderten.

Háýs Aufsätze in den literarischen Zeitschriften, in denen er sich zur Verpflichtung zur Wahrheit bekannte, lösten ein großes Echo, namentlich unter der Jugend, aus. In einem aufsehenerregenden Artikel verlangte er am 8. September 1956 „die vollkommene Freiheit der Literatur“. Jetzt muß der heute 57jährige sein damaliges mutiges Auftreten, bei dem er sich stets noch als Kommunist bekannte, mit dem Verlust der eigenen Freiheit bezahlen.

Das Schicksal Háýs weist manche Parallelen zu dem des mit ihm verurteilten Tibor Déry auf. Auch der 1894 in Budapest geborene Sohn einer wohlhabenden Bürgerfamilie hat der Partei schon manche Dienste geleistet.

Aber auch mit den neuen Machthabern kam es bald zu Zusammenstößen. Dérys Vorstellungen vom Kommunismus wichen erheblich von denen der Rakosi-Clique ab. 1949 geriet er mit dem Kulturdiktator Révai aneinander, weil er sich weigerte, seine Romantrilogie „Die Antwort“, die den illegalen

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwachet wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

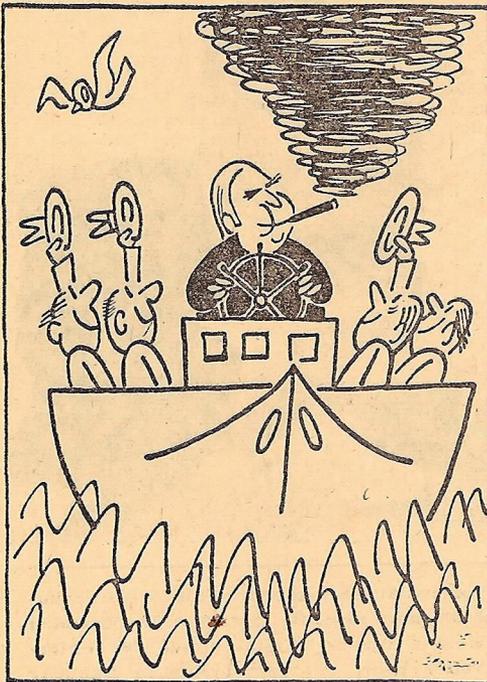
Kampf der ungarischen KP unter Horthy schildert, nach den Weisungen der Partei umzuarbeiten.

Immer mehr wurde Déry dann zum Kritiker der stalinistischen Praktiken des Regimes. Im Winter 1955/56 hatte die ungarische Geheimpolizei deshalb schon einmal geplant, ihn und seinen jetzt mit ihm verurteilten Freund Tibor Tardos, einen jungen kommunistischen Journalisten, zu liquidieren. Als beide am 27. Juni 1956 in der großen Pressedebatte des Petöfi-Kreises vor 6000 Versammelten leidenschaftliche Worte der Anklage gegen die Machthaber gesprochen hatten, wurden sie aus der Partei ausgeschlossen. Nach dem Aufstand, den er in jenen Tagen „die reinste Revolution der ungarischen Geschichte“ nannte, hat Déry noch im Dezember des vergangenen Jahres seine Kollegen zum „Federstreik“ aufgerufen. Bald darauf wurde er verhaftet.

Der bekannte marxistische Literaturhistoriker Georg Lukács bescheinigte Déry einmal, er habe den Rang der Weltliteratur erreicht. Es blieb den heutigen Machthabern Ungarns vorbehalten, die beiden bedeutendsten Vertreter der Literatur ihres Landes ins Gefängnis zu schicken. Einen schlechteren Dienst konnten sie sich und der kommunistischen „Bewegung“ wohl kaum erweisen.

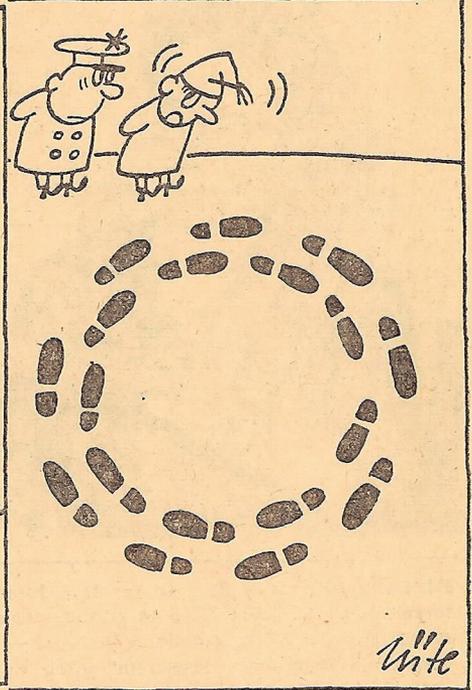
Heinz Kersten

Fährschiff „Theodor Heuss“



„Vollampf voraus“

Moskauer Gespräche



„Khoffentlich haben wir diesmal eine andere Marschroutel!“

Hinter dem Frieden her

Fortsetzung von Seite 2

Doch die Bundesrepublik hat wieder Soldaten. Gewiß nicht, weil wir das Grauen verdrängt und das Leid vergessen hätten, das der Krieg von gestern und vorgestern über uns gebracht hat. Sondern gerade aus der Erkenntnis, daß es nicht zu einem neuen Opfergang solch furchtbaren Ausmaßes kommen darf. Die Debatten darüber, ob ein Volk in freiwillig wehrlosem Zustand sich in größerer Sicherheit geborgen weiß als eines, das sich bewaffnet, sind sinnlos geworden, seit uns die modernen Waffen mit ihrer Räume und Meinungen überwindenden Mächtigkeit keine Möglichkeiten mehr zu paradiesischer Enthaltung lassen. Nicht einmal die Staaten, die sich mit Betonung ins neutrale oder sogar neutralistische Lager schlagen, verzichten auf Truppen.

Geben wir uns keinen Illusionen hin: die Bundesrepublik stellt sich in dieses militärische Schutzbündnis nur mit halbem Herzen. Die Deutschen sind zu sehr beeindruckt von dem, was Waffen anrichten konnten. Und sie sehen mit Bangigkeit auf das, was die inzwischen mit rasender Geschwindigkeit entfaltenen neuen atomgeladenen Waffen einmal verheeren könnten.

Doch auch diejenigen, die am sachlichsten wissen, warum sie dasein müssen. Gerade die Not der Gewalt und die militärisch so massiv sich gebärdende Herrschaft, die die Deutschen in Ost und West heute voneinander hält, hat sie auf den Plan gerufen. Es ist kein Aufmarsch für ein Deutschland der Pauken und Trompeten und der wehenden Fahnen, sondern es ist eine Hilfsaktion für die Freiheit und die Sicherheit unter den Men-

schen. Wir glauben, daß diese Truppe der Sicherheit, die sich der großen internationalen Truppe der Sicherheit verbindet, auf die Dauer unseren Landsleuten in der Zone jene Sicherheit und Freiheit verschafft, denen unser ganzer politischer Kampf gehört. Der Friede, den wir erstreben, wäre ein bitteres Vegetieren, wenn wir ihn mit dem Verlust der Freiheit erkaufen wollten. Aber auch die zynische Gesinnung ist uns fremd, die als Motto über dem neueröffneten Zeughaus, dem Waffenarsenal in Ostberlin, steht: „Ein Gewehr ist eine gute Sache, wenn es für eine gute Sache da ist.“ Wir halten dagegen jedes Gewehr für eine schlechte Sache. Aber wir brauchen in unserer menschlichen Gesellschaft viele Dinge, um uns vor dem Andrang der Gewalt zu schützen. Und da der Andrang der Gewalt groß ist, brauchen wir für den Frieden auch kräftige und gemeinsame Schutzmittel.



BILDER DER WOCHE. Oben: Das Interzonen-Handelsabkommen 1958/59 wurde unterzeichnet. Dr. Kurt Leopold (Bundesrepublik) und Liselotte Seemann (Sowjetzone) tauschten die Vertragsdokumente aus. — Unten: Schwere Kollision auf der Unterelbe. Der Dampfer „Moselstein“ stieß in voller Fahrt mit dem britischen Dampfer „Martagon“ (Bild) zusammen. Die Schiffe bohrten sich so tief ineinander, daß sie mit Schweißapparaten getrennt werden mußten.

